

Die Konstitution von Geldwirtschaften Die Krise Indiens und ihre Bedeutung für die Transformationsökonomien in Eurasien

WALTRAUD SCHEKLE

Einleitung

Nahezu unbemerkt von der Weltöffentlichkeit geriet Indien zu Beginn der 90er Jahre in eine schwerwiegende Wirtschaftskrise. Sporadische Meldungen über die soziale, politische und wirtschaftliche Situation in diesem Land wurden allemal überlagert von den neuesten Berichten über jene Umwälzungen, die sich in dem zwischen Westeuropa und dem indischen Subkontinent gelegenen Raum abspielen. Während die vermutete Auslandsverschuldung der ehemaligen UdSSR, die 1991 rund 70 Mrd. US-\$ betrug, immer wieder den Ruf nach einem Moratorium laut werden läßt, genießt das in derselben Höhe verschuldete Entwicklungsland Indien nicht annähernd solchen Beistand. Und doch könnte es sein, daß wir uns gerade im Interesse unserer gemeinsamen Nachbarn, den Transformationsökonomien in Osteuropa und Zentralasien, die indische Wirtschaftskrise vor Augen führen sollten.

Diesem Aufsatz liegt die These zugrunde, daß sich einem Entwicklungsland wie Indien - zur Zeit der Unabhängigkeit und danach - ein Grundproblem stellte, dem sich in aufschlußreich vergleichbarer Weise heute die Transformationsökonomien Eurasiens gegenübersehen. Es ist das Problem, sich in einer Welt etablierter Geldwirtschaften als eigenständiger Währungsraum konstituieren zu müssen.

Im ersten Teil dieser Abhandlung soll dieses, hier sogenannte Konstitutionsproblem geldwirtschaftlicher Entwicklung erläutert werden. Im zweiten Teil wird die Entwicklung Indiens seit der Unabhängigkeit ausschließlich unter dem Blickwinkel nachgezeichnet, wie die Frage der Konstitution aufgeworfen wurde und welche Antworten darauf die indische Wirtschaftspolitik gab. Im abschließenden dritten Teil werden dann die Berührungspunkte zwischen dieser Analyse und der Debatte um die Transformation von Plan- in Geldwirtschaften kenntlich gemacht.

Das Konstitutionsproblem geldwirtschaftlicher Entwicklung

Die Entwicklung einer Geldwirtschaft¹ erfordert, daß sich das nationale Geld als Bezugsgröße von Vermögensentscheidungen gegen andere Währungen und gegen Sachwerte etabliert. Erst dann kann eine monetäre Einkommensbildung sowie die Entwicklung produktiver Kapazitäten unter geldwirtschaftlichen Bedingungen stattfinden. Eine monetäre Einkommensbildung findet statt, wenn, schematisch gesprochen, Unternehmen zum Zwecke der Produktion einen Geldvorschuß leisten, damit Arbeitskräfte und Ressourcen attrahieren und aus dem Verkauf des hergestellten Produktes ihren Geldvorschuß einschließlich eines Profit- und Zinseinkommens refundieren.²

Geldwirtschaftliche Entwicklung verlangt somit, daß private Gläubiger-Schuldner-Verhältnisse eingegangen und aufrechterhalten werden über die Zeit, die zu Herstellung und Absatz eines Produktes notwendig ist. Geld als ein öffentlich sanktioniertes Vertragsmedium ermöglicht eine Konzentration der Kapitalbildung in ausdifferenzierten Wirtschaftseinheiten, den Unternehmen. Ihrer Sachvermögensbildung auf erweiterter Stufenleiter muß die auf das inländische Geld lautende Finanzvermögensbildung der Haushalte wertmäßig entsprechen (Goldsmith 1969, S. 45f.). Schon Adam Smith führte aus, daß solche Funktionsteilung entscheidend war für den abendländischen Industriekapitalismus.

Entsprechend den mit dem nationalen Geld konkurrierenden Transaktionsmedien - andere Währungen bzw. Sachwerte - kann eine externe und eine interne Konstitutionsproblematik unterschieden werden. Die externe Konstitution verlangte im Falle der aus kolonialer Abhängigkeit entlassenen Länder, die inländischen Vermögensanleger dazu zu bewegen, ihre auf die Währung der Kolonialregierung lautenden Nominalvermögen auch zu halten, wenn sie nunmehr auf die neu ausgerufene Währung lauteten. Ein hartes Kriterium der externen Konstitution ist deshalb, ob ein auf dem Devisenmarkt frei bestimmter Wechselkurs sta-

1 Geldwirtschaft ist hier synonym mit den von anderen verwandten Begriffen Marktwirtschaft oder kapitalistische Wirtschaft zu verstehen. Damit wird auf einen gegenüber planwirtschaftlichen Systemen entscheidenden Unterschied abgestellt, nämlich auf die makroökonomische Kohärenzfunktion des Geldes gegenüber derjenigen des Planes. Vgl. dazu Riese (1990, S. 13ff. und S. 32ff).

2 Dieses Schema des Einkommenskreislaufes entspringt offenkundig der Keynes'schen Theorie, indem nicht - wie in der klassischen und in der neoklassischen Ökonomie - ein Konsumverzicht an den Anfang des Produktionsprozesses gesetzt wird, sondern ein Geldvorschuß alias eine Investition. Eine gut lesbare Darstellung findet sich bei Preiser (1963, S. 65-81).

bilisierbar ist. Die Stabilisierbarkeit zeigte an, daß freiwillig längerfristige Forderungen auf das inländische Geld gehalten werden, die nicht nur der Ertragszielung, sondern auch der Vermögenssicherung dienen. Diesen Status erreicht eine Währung normalerweise, d.h. wenn nicht besondere außerökonomische Gründe wie z.B. Reparationsforderungen nach gewonnenen Kriegen wirksam werden, mittels einer Strategie der merkantilistischen Weltmarktintegration: Durch anhaltende Exportüberschüsse wird eine Forderungsposition gegenüber dem Ausland aufgebaut, die eine sichere Nachfrage nach der heimischen Währung schafft.

Die interne Konstitution verlangte insbesondere in agrarisch und subsistenzwirtschaftlich geprägten Ökonomien, Sachaktiva wie Bodenbesitz oder Edelmetalle durch Forderungen, die auf das inländische Geld lauten, zu ersetzen. Obwohl sich für die interne Konstitution kein ebenso hartes Kriterium wie die Konvertibilität der Währung angeben läßt, kann ein im Zeitablauf steigender Anteil der Finanzaktiva am Gesamtvermögensbestand einer Volkswirtschaft doch als ein - empirisch schwer zu überprüfender - Ausweis derselben angesehen werden.³

Die Geschichte der ersten industrialisierenden Nationen weist darauf hin, daß das treibende Moment der internen Konstitution ein staatliches Interesse an Revenuen war, um ein stehendes Heer zu unterhalten und eine ständige Verwaltung aufzubauen. Die Erhebung von Geldsteuern schuf den entscheidenden Zwang zur Produktion geldwerter Marktleistungen.⁴ Diese historische Erfahrung läßt sich bezug auf die interne Konstitution von Geldwirtschaften dahingehend verallgemeinern, daß der Staat eine Nettogläubigerposition gegenüber den Privaten einnehmen muß, insbesondere aufgrund seiner (monetären) Steuerforderungen.

Die Konstitution einer Geldwirtschaft verlangt demnach die Etablierung eines Geldes, welches binnen- und außenwirtschaftliche Zahlungsfähigkeit gewährt in dem Sinne, daß zu einem Zinssatz, der die betroffene Geldwirtschaft nicht in die Schuldenfalle führt, Forderungen in dieser Währung gehalten bzw. eingegangen werden. Dies ist offenkundig ein

3 Goldsmith (1969, S 44f. und passim) hat dies in einer quantitativen Kenngröße, der "Financial Interrelations Ratio" (FIR), ausgedrückt: der aggregierte Marktwert aller Finanzaktiva im Verhältnis zum Nettosachvermögen einer Volkswirtschaft. In Goldsmith's zahlreichen empirischen Studien zur finanziellen Entwicklung war diese FIR eine der wichtigsten Indikatoren, um den Entwicklungsstand eines Finanzsystems zu kennzeichnen.

4 Vgl. zu dieser Rolle des Steuerstaates an der Schwelle zur Neuzeit umfassend das Werk von Ardant (1971) sowie Tilly (1975).

höchst voraussetzungsvoller Vorgang. Erschwerende Bedingungen der Konstitution sind nach außen die weltwirtschaftliche Hierarchie der Währungsräume, nach innen die sozio-kulturell bedingten Widerstände gegen eine Vergesellschaftung über Gläubiger-Schuldner-Beziehungen.

Ein Land wie Indien mußte sich nach 1947 in eine erheblich komplexer gewordene Hierarchie der Währungsräume integrieren, als sie die gegenüber Großbritannien nachholend entwickelnden europäischen Nationen vorgefunden hatten. Während diese sich im 19. Jahrhundert als eine Zweite Welt gegenüber der einen industriellen und finanziellen Hegemonialmacht behaupten mußten,⁵ befand sich ein Land der Dritten Welt zur Zeit der Unabhängigkeit und danach in Konkurrenz zu einer Zweiten und Ersten Welt, die jeweils in sich nochmals eine ganze Stufenfolge stärkerer und schwächerer Ökonomien aufwies. Dies gilt a fortiori für die Transformationsökonomien der ehemaligen Zweiten Welt, die sich heute nicht nur einer noch weiter konsolidierten Gruppe von Industrieländern, sondern auch einer wettbewerbsstarken Gruppe von Schwellen- oder teilindustrialisierten Ländern gegenübersehen.

Diese Konkurrenz der Währungsräume untereinander erschwert die externe Konstitution, weil eine Stärkung der eigenen Währung zu Lasten anderer Geldwirtschaften erfolgt: Wie bereits im Zusammenhang mit der externen Konstitution erwähnt, besteht die Stärkung einer Währung darin, eine Gläubigerposition gegenüber einer zunehmenden Zahl von Ländern aufzubauen - was saldenmechanisch deren Schwächung bedeuten muß.⁶ Diejenigen Länder, die eben unabhängig geworden waren und

5 Allerdings dürfte diese Dritte Welt, insbesondere die unabhängigen Staaten Lateinamerikas, schon zu Zeiten des klassischen Goldstandards eine wesentliche Rolle für den Anpassungsprozeß in diesem Währungssystem gespielt haben: "When Bank Rate was raised in London, redistributing reserves to Britain from other regions, compensatory discount rate increases on the Continent drew funds from the non-European world or curtailed the normal volume of capital outflows. Developing countries [...] were unable to prevent these events. [...] Thus, insofar as hegemony played some role in the efficiency of the adjustment mechanism, it was not the British hegemony [...] but the collective hegemony of the European center relative to the non-European periphery." s. Eichengreen (1987, S. 33).

6 Vgl. dazu ausführlicher M.Lüken-Klaßen / K.Betz (1990, S. 314-318). Selbstverständlich ist theoretisch nicht auszuschließen, daß sich die Unterschiede zwischen starken und schwachen Währungsräumen auf insgesamt steigendem Einkommensniveau ausprägen. Dagegen spricht allerdings, daß dieser Prozeß kumulativ verläuft und sich in Krisen entlädt, die gerade die schwachen Währungsräume überproportional trifft, weil sie über eine geringere Bandbreite von Anpassungsmöglichkeiten verfügen. Die Schuldenkrise der 80er Jahre und die seither fortschreitende Marginalisierung der afrikanischen Länder zeigt dies exemplarisch.

deshalb über kein Vertrauenskapital verfügten, waren geradezu prädestiniert, zu Steigbügelhaltern für den Aufstieg von in der Hierarchie mittleren Ländern zu werden, mithin in der Konkurrenz der Währungsräume zu erliegen. Die Indikatoren einer solchen Position sind ein anwachsender Schuldenbestand und anhaltende Leistungsbilanzdefizite. Damit dies jedoch den in der Hierarchie weiter oben platzierten Ländern zum Vorteil gereicht, muß ein globaler Ressourcentransfer von Nord nach Süd, von den stärkeren zu den schwächeren Ländern erfolgen. Er kann die Form periodischer Umschuldungen für kommerzielle Verbindlichkeiten annehmen oder direkt als Entwicklungshilfe gegeben werden. Nur dies erlaubt die Fortsetzung von Leistungsbeziehungen zu Schwachwährungsländern, durch die Forderungen auf sogenannte harte Währungen erworben werden können - obwohl sie Forderungen gegen Schwachwährungsländer darstellen.⁷

Sozio-kulturelle Widerstände sowie die Unsicherheit intertemporaler Marktbeziehungen können durchaus verhindern, daß sich die Geldverwendung im Handel oder zur Erfüllung gesellschaftlicher Verpflichtungsverhältnisse auf die Produktionssphäre insgesamt ausdehnt und so die interne Konstitution erfolgt.⁸ Das islamische Zinsverbot oder die in den meisten Völkergemeinschaften herrschende Unterscheidung zwischen Binnen- und Außenmoral können exemplarisch für die sozio-kulturell bedingten Faktoren genannt werden, die der Etablierung einer Geldwirtschaft entgegenstehen. Ebenso kann es im Interesse beider Parteien liegen, geldwirtschaftliche Vertragsverhältnisse durch im weitesten Sinne feudale, also dauerhafte personale Abhängigkeitsbeziehungen zu ersetzen, um so die in kleinen Märkten gesteigerte Unsicherheit über die Verwertbarkeit der Produktion zu vermeiden.

Schließlich war die polit-ökonomische Situation der in die formale Unabhängigkeit entlassenen Länder in der Nachkriegszeit deutlich anders und damit auch die Mechanismen, die die nationale und monetäre Integration vorantrieben. Nicht das instrumentelle Interesse an Revenuen, die die Machtpolitik nach außen und die Befriedung nach innen finanzieren sollten, sondern bewußt vollzogene Modernisierung sollte

7 Vgl. zu dieser Funktion des Ressourcentransfers, insbesondere in der Bretton Woods-Ära, Hankel (1983, S. 18-29). Er verbindet mit seinem kurzen historischen Abriss eine kritische Einschätzung der Entwicklungszusammenarbeit.

8 Vgl. Kindleberger (1984, S. 180f.) sowie Polanyi (1979, S. 325) zu der impliziten Aussage im Text, die Geldverwendung in außerökonomischen Verhältnissen und in Handelsbeziehungen sei früher als diejenige in der Produktion, welche erst den geldwirtschaftlichen Einkommenskreislauf entstehen läßt.

jene Identität stiften, die in den jungen Nationen nicht hatte geschichtlich entstehen können, mit Verkündigung der Nachkriegsgrenzen aber zum objektiven Postulat wurde. Die Erwartung, durch Konstitution und Integration einer Geldwirtschaft in politischer Hinsicht Freiheitsgrade zu gewinnen, bestimmte viele nationalistische Bewegungen.

Der Hinweis auf unterschiedliche Konstitutionsbedingungen für die Mehrzahl der heutigen Entwicklungsländer gegenüber den wichtigen europäischen Industrieländern beinhaltet, daß fehlende Entwicklung nicht von vornherein auf fehlerhafte Entwicklungspolitik zurückgeführt werden muß. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit stand ein Land wie Indien vor objektiven Schwierigkeiten, für die es möglicherweise keine in jeder Hinsicht passende Antwort der Wirtschaftspolitik gab. Daher sind selbst dysfunktionale Eingriffe noch daraufhin zu überprüfen, ob sie als Reaktionen auf harmonisch nicht auflösbare Zwangslagen zu verstehen sind.

Die indische Entwicklung seit der Unabhängigkeit

Das Konstitutionsproblem in der indischen Entwicklung seit der Unabhängigkeit soll an dieser Stelle unter drei Aspekten betrachtet werden: Erstens unter der Fragestellung, wie sich das Konstitutionsproblem zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit und danach konkret stellte; zweitens, welche wirtschaftspolitisch zu schaffenden Bedingungen einer gelingenden Konstitution nicht erfüllt wurden; drittens, inwiefern die Krise in der Mitte der 60er Jahre zu einem Regulierungssystem geführt hat, das als von der Konstitutionsproblematik in spezifischer Weise geprägt verstanden werden kann.

Das Konstitutionsproblem stellte sich in Indien 1947 konkret als der Übergang von einer kolonialen Kriegswirtschaft zu einer formal unabhängigen Geldwirtschaft.⁹ Das Erbe der Kriegswirtschaft war ein stark angestiegener Rupien-Umlauf, weil die britische Regierung mehrfach Kredit bei der 1935 gegründeten Reserve Bank of India (RBI) aufgenommen hatte, um sich in Indien Kriegsmaterial zu beschaffen. Im Gegenzug hatte die RBI Schuldverschreibungen in Pfund Sterling erworben und war dadurch zu einer Nettogläubigerin der ehemaligen Kolonialmacht geworden.

⁹ Vgl. dazu auch Goldsmith (1983, S. 147f.). Das folgende ist ausführlicher dargestellt, um statistische Belege und Literaturangaben ergänzt, in W. Schelkle (1992, Kap. 4).

Die monetäre Ausgangslage kennzeichnete daher ein hohes Inflationspotential und eine Währung, die sich auf andere Währungen nur vermittelt über das Pfund bezog, weil die englische Regierung die Herausbildung eines freien Marktes für die Rupie in New York verhindert hatte.¹⁰ Die ersten Jahre des unabhängigen Indien waren geldpolitisch deshalb geprägt von anhaltender Inflationsbekämpfung bei niedrigem Wachstum. Zusätzliche inflationäre Impulse erzeugte die Abwertung des Pfund Sterling 1949, der die Rupie folgen mußte, sowie der Korea-Krieg, der Mitte 1950 ausbrach.

Entscheidende wirtschaftspolitische Weichenstellungen für die Konstitution der indischen Währung wurden in der ersten Dekade nach der Unabhängigkeit nicht vorgenommen: Im Agrarsektor, in dem bis heute die Mehrheit der indischen Bevölkerung ihren Lebensunterhalt verdient, ließ sich weder eine umfassende Landreform noch die Erhebung von Steuern durchsetzen. So kam es nicht zu der forcierten Kommerzialisierung der Landwirtschaft, die zur internen Konstitution der Rupie beigetragen hätte. Stattdessen setzte die indische Regierung seit dem 2. Fünfjahresplan Mitte der 50er Jahre auf die forcierte Industrialisierung. Dabei orientierte man sich am sowjetischen Leitbild, das die Planung der physischen Wirtschaftsstruktur und eine Konzentration auf den schwerindustriellen Bereich vorsah. Den für eine entstehende Geldwirtschaft höchst anspruchsvollen Finanzierungsaspekten dieses Entwicklungsmodells wurde dabei wenig Beachtung geschenkt: es beinhaltet, daß die Banken oder andere Finanzintermediäre eine erhebliche Losgrößen- und Fristentransformation zu leisten haben.

Weder bei den Banken noch bei den privaten Haushalten dürfte es in diesem Umfang und zum angestrebten niedrigen Zinssatz die Bereitschaft gegeben haben, freiwillig die den Investitionen entsprechenden Forderungen zu halten. Das läßt sich im Umkehrschluß aus den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der indischen Regierung folgern. Sie übernahm nicht nur die Aufgabe produzierender und investierender Unternehmen, sondern auch weitreichende Funktionen als Vermögenseigentümer: Damit vereinigte sie die Positionen von Schuldner und Gläubiger in sich.

Unterstützt wurde sie dabei im 2. und 3. Fünfjahres-Plan von massiver Auslandshilfe.¹¹ Der Ressourcentransfer begünstigte darüberhinaus

10 Vgl. RBI (1950, S. 297f.).

11 Der Anteil der ausländischen Hilfe ("external assistance") an der Finanzierung des 2. und 3. Planes betrug 22,4% bzw. 28,2%, während die Finanzierung aus Staatseinnahmen i.e.S. 26,3% bzw. 33,9% betrug. Der Rest wurde aus inländischer Kre-

eine defizitäre Leistungsbilanz und ließ auch eine weitere Weichenstellung für die interne Konstitution, den Aufbau eines wirksamen Steuersystems, vernachlässigbar erscheinen. Diese Trias aus Vernachlässigung des Agrarsektors, forcierter Industrialisierung und substitutivem Ressourcentransfer entsprach durchaus dem herrschenden entwicklungspolitischen Konsens dieser Zeit.

Die drohende De-Konstitution der indischen Geldwirtschaft deutete sich dann in der zweiten Hälfte der 60er Jahre in einer akuten Zahlungsbilanzkrise an. Ein Anpassungsprogramm, das von der Gebergemeinschaft zur Bedingung für die Gewährung weiterer Kredite gemacht worden war, wurde bereits nach zwei Jahren (1968) in seinen wesentlichen Bestandteilen zurückgenommen. In den darauffolgenden Jahren war es dann vor allem eine bedrohliche Ausmaße annehmende Schattenwirtschaft, in denen sich die geldwirtschaftlichen Restriktionen expansiver Einkommensbildung äußerten. Insbesondere die Zunahme des Schmuggels und der Devisenschwarzmarktgeschäfte deutete darauf hin, daß der Einkommenserwerb in inländischer Währung zunehmend durch Tausch- und Devisenhandel ersetzt wurde.

Das von Premierministerin Gandhi 1975 ausgerufenen Notstandsregime kann dabei auch als eine Reaktion auf die existenzgefährdende Erosion der indischen Geldwirtschaft verstanden werden, stützte sie doch eine restriktive Geldpolitik, wie sie erstmals wieder seit der Zeit der Unabhängigkeit von der RBI - und danach nicht wieder - praktiziert wurde.¹² Dieser restriktive Kurs wurde jedoch bereits Ende der 70er Jahre unter der Janata-Regierung und der 1980 wiedergewählten Congress(I)-Regierung aufgegeben. Eine monetäre Inflationsbekämpfung, die nur unter der Bedingung fiskalischer Austerität erfolgreich sein kann, war zu diesem Zeitpunkt offenkundig weder mit autoritären noch mit demokratischen Mitteln durchsetzbar.

Wiewohl die Anfänge dazu bereits Ende der 60er Jahre in ausgewählten Regionen gelegt worden waren, fügten sich vor diesem Hintergrund die verschiedenen sektorpolitischen Regulierungen nun immer mehr zu einem System der unterdrückten Inflation. Die "Grüne Revolution", das seit den späten 60er Jahren implementierte Programm zur

ditaufnahme und Monetisierung durch Zentralbankkredite bestritten. Vgl. RBI (1985, S. 14).

12 Das Geldmengenwachstum wurde von knapp 20% (1973) auf rund 2% (1975) reduziert. Ermöglicht hat dies der fiskalische Restriktionskurs, der die staatliche Geldnachfrage bei der RBI verminderte. Alle Angaben basieren auf den IMF Financial Statistics. Vgl. dazu auch Schelkle (1992, S. 95-99).

Modernisierung des Agrarsektors, stand zunächst sogar ausdrücklich im Zeichen der Inflationsbekämpfung und wurde keineswegs von der technischen Neuerung hochartragreicher Sorten initiiert.¹³ Die Ertragssteigerungen sollten die scheinbar wichtigste Inflationsursache, den "Kostendruck" steigender Agrarpreise, beseitigen. Die Agrarpreispolitik setzte auf beiden Marktseiten an, indem sie mit Garantiepreisen die Produktion der Betriebe stimulieren, mit Abgabepreisen den Verbrauch unter regional- und sozialpolitischen Gesichtspunkten regulieren sollte.

Auch die industriepolitische Regulierung wurde nochmals intensiviert, woraus sich eine vergleichbare Zielsetzung entnehmen läßt. Nahezu kein Element von Investitionsentscheidungen, sei es die Kapazitätsplanung, die Standortwahl oder die Festlegung der Produktpalette, blieb den betreffenden Unternehmen selbst überlassen. Wie im Agrarsektor sollte das Regulierungssystem nicht nur Niveau und Struktur der Ausbringung beeinflussen, sondern zugleich die Nachfrage, indem die marktförmige Rationierung über den Preis durch hoheitliche Verfügung ersetzt wurde. Vor dem Hintergrund der damaligen makroökonomischen Situation scheint der Schluß zulässig, daß die Allokationsfunktion der Preise zum Zwecke der Stabilisierung neutralisiert worden ist.

Dieser Schluß wird noch bekräftigt durch eine in diesem Zusammenhang besonders aufschlußreiche Sektorregulierung, nämlich diejenige der Banken. Mitte 1969 wurden die vierzehn größten Banken verstaatlicht, die rund 80% aller Aktiva des Bankensektors repräsentierten. Es wurde ein massiver Ausbau des Niederlassungsnetzes staatlich angeordnet, vor allem um die Ersparnisse in bisher "unterversorgten" Regionen zu mobilisieren. Außerdem wurde den Banken auferlegt, einen erheblichen Anteil ihrer Forderungen in Form niedrigverzinslicher Staatschuldapiere sowie in Form sozial- und entwicklungspolitisch motivierter Kredite zu halten.

Aufschlußreich ist diese Politik, weil sie einerseits ein neues Bewußtsein für die Rolle des Finanzsystems im Entwicklungsprozeß reflektierte, andererseits aber Geld und Kredit wie bisher als "Schmiermittel" der Realwirtschaft betrachtete (Gurley/Shaw 1955). Diese Position wurde entwicklungspolitisch zur sog. Underbanking-These verdichtet. Aus der kaum zu bestreitenden Feststellung, daß in Entwicklungsländern die "finanzielle Ausstattung und Infrastruktur [...] unterentwickelt" sei

13 So die eingehende Studie von Dasgupta (1977, S. 43): "The (...) strategy was, at the time of its formulation, independent of the new high-yielding varieties of seeds and would have been put into operation even if the former were not available."

(Hankel 1993, S. 439), wird von deren Vertretern¹⁴ der Schluß gezogen, die Überwindung der Unterentwicklung erfordere einen massiven Ausbau des Bankensystems. Dies sei gewissermaßen die physische Voraussetzung für die "aktiv[e] und unverzichtbar[e] Rolle des reichlichen und billigen Kreditangebots im Entwicklungsprozeß" (ebd., S. 447). Aus der hier vorgetragenen Sicht erscheint dies als eine Verkehrung von Ursache und Wirkung: Die Unterentwicklung der finanziellen Infrastruktur ist eine Folge der Unsicherheit, mit der Kreditbeziehungen in einem Entwicklungsland in erhöhtem Maße behaftet sind. Deshalb müssen, der Logik einer "supply side economics" im Finanzsystem folgend, die nach kommerziellen Standards weniger kreditwürdigen Projekte trotzdem nicht finanziert werden, sondern zuallererst kreditwürdig gemacht werden. Erst dann besteht die Bereitschaft, sich in den betreffenden Regionen niederzulassen und Kredit zu relativ niedrigem Zinssatz zu vergeben. Andernfalls droht ein mit unrentablen Kapazitäten arbeitendes, von uneinbringlichen Forderungen belastetes Kreditsystem.

Zusammenfassend betrachtet scheint es gerechtfertigt, in all diesen sektorpolitischen Maßnahmen ein gemeinsames Thema zu sehen: Die Makrostabilisierung sollte ersetzt werden durch Mikroregulierung. Die konzeptionelle Grundlage dieser Art Inflationsbekämpfung bildet die Überzeugung, das Ziel derselben sei die Herstellung eines aus den Fugen geratenen Ware-Geld-Gleichgewichts. Selektive Maßnahmen sollen demzufolge darauf hinwirken, die effektive Nachfrage ("Geld" alias Kaufkraft) zu reduzieren, ohne dabei das Angebot ("Ware" alias Produktion) zu dämpfen. Sowohl die Konzeption als die Praxis dieser Politik der unterdrückten Inflation kamen in den 80er Jahren in die Krise.

Die Krise Indiens und die Transformationsökonomien Eurasiens

Im voranstehenden Abschnitt wurde zu zeigen versucht, daß sich das Problem der Konstitution in Indiens Entwicklung seit der Unabhängigkeit auf drei sehr verschiedene Weisen bemerkbar machte: Als der Übergang von der kolonialen Kriegswirtschaft zur formal souveränen Geldwirtschaft; als zumindest partielle Ablösung der vorherrschenden Agrarwirtschaft durch eine industrielle Ökonomie, die auf komplexen Finanzbeziehungen ruht und einen makroökonomischen Einkommens-

14 Vgl. Sayers (1957) und Patrick (1966), im deutschsprachigen Raum vor allem Wilhelm Hankel.

kreislauf etabliert; schließlich als akute Stabilisierungserfordernis nach einer Dekade forciert Industrialisierung Mitte der 60er Jahre.

Schon dieser kurze Abriss läßt vermuten, daß die allgemeine Konstitutionsproblematik entstehender Geldwirtschaften in verschiedenen Ländern sehr spezifische Ausprägungen erfährt, so daß nicht umstandslos Parallelen zwischen einem Entwicklungsland wie Indien und ehemaligen Planwirtschaften wie den GUS-Staaten gezogen werden können.¹⁵ Ein Anknüpfungspunkt für transformationsökonomische Lehren ergibt sich jedoch aus der Reinterpretation der indischen Wirtschaftskrise, die aufgrund dieser Überlegungen zum Konstitutionsproblem geldwirtschaftlicher Entwicklung vorgenommen wurde.

Die gegenwärtige indische Wirtschaftskrise wurde dargestellt als das Resultat von zwei Dekaden Wirtschaftspolitik, die durch Mikroregulierung die Makrostabilisierung zu ersetzen suchte. Diese Interpretation steht im Gegensatz zu der herrschenden Auffassung, die bedauerlich intensive Mikroregulierung sei glücklicherweise kompensiert worden von einer stabilitätsorientierten Makropolitik - ein Bild, das der IWF noch heute zeichnet: "From independence until the 1980s, India combined a highly dirigiste approach to economic development with generally conservative macroeconomic policies." (IMF 1991, S. 4; vgl. auch Rosen 1992, S. 112). Die Mikroregulierung wird dann im indischen wie in jedem anderen Fall als ordnungspolitischer Verstoß und Allokationsverzerrung kritisiert (z.B. Fasbender 1992, S. 54f.).

Erst wenn erkannt wird, daß die Makrostabilisierung zu ersetzen versucht wurde, zeigt sich das daraus entstehende Problem der unterdrückten Inflation in seiner ganzen Schärfe: sie führt zur Erosion der betreffenden Geldwirtschaft, gefährdet die Geldverfassung insgesamt. In dem besonderen indischen Fall wurden daher die Funktionsbedingungen einer Geldwirtschaft durch die Mikroregulierung verletzt, demgegenüber Ineffizienzen des Ressourceneinsatzes sekundär erscheinen. Am Ende der 80er Jahre stellt sich deshalb erneut die Frage der Konstitution, genauer: der Rekonstitution der indischen Geldwirtschaft. Eine Währungs-

15 Als die prototypischen Transformationsökonomien werden im folgenden die Nachfolgestaaten der Sowjetunion angesehen.- Für einen Vergleich zwischen Indien und China vgl. Rosen (1992). Allerdings basiert seine Feststellung von Unterschieden z.T. auf einer anderen Interpretation des indischen Regimes. Es wird ihm z.B. ein effektives System der Makrokontrolle bescheinigt (ebd., S. 115f.), während es hier als der zum Scheitern verurteilte Versuch analysiert wurde, Makrokontrolle zu ersetzen.

reform stellt eine solche Rekonstitution dar, wie am Ende dieses Abschnittes ausgeführt wird.

Die indische Volkswirtschaft weist heute Deformationserscheinungen auf, die auch in der Diskussion transformationsökonomischer Probleme thematisiert werden: dort aber als Erblasten der Planwirtschaft. Dazu gehört der Topos notorisch defizitärer öffentlicher Unternehmen. Er trägt maßgeblich dazu bei, daß der indische Staat den dysfunktionalen Status eines Netto-Schuldners einnimmt - dysfunktional deshalb, weil es ihn in Konflikt mit seiner übergeordneten Funktion eines Garanten der Geldverfassung bringt. Eine weitere Entsprechung findet sich in der paradoxen Ökonomisierung interventionistischer Regime, sei es vom Typ der indischen Gemischten Wirtschaft, sei es vom Typ der ehemals sowjetischen Planwirtschaft. Das buchstäbliche Hineinregieren in die Ökonomie hat nicht zu einer Beherrschung der Wirtschaft geführt, wie liberale Kritik meint, sondern zu einer weitgehenden Abhängigkeit der Politik von wirtschaftlichen Erfolgen. Allerdings erwies sich die formale Demokratie Indiens bisher wesentlich erfolgreicher darin, die enttäuschten Erwartungen zu kanalisieren und nicht zu einer systemsprengenden Kraft werden zu lassen.

Im engeren, makroökonomischen Sinne interessieren hier jedoch vor allem die analogen Erscheinungen monetärer Zerrüttung, die so unterschiedliche Typen von Ökonomien kennzeichnen. Diese bestehen (i) vor allem in einem hohen Anteil der internen Verschuldung an den staatlichen Gesamtschulden. Dieser nötigt (ii) in der Krise bzw. in der Transformation allein schon aus ökonomischen Gründen dazu, inflationäre Prozesse zu unterdrücken anstatt sie geldpolitisch zu bekämpfen. Diese Wirtschaftspolitik der unterdrückten Inflation entzieht (iii) der Zentralbank systemisch die Funktion, die sie in einer Geldwirtschaft einnimmt, nämlich die Kohärenz des Marktsystems durch Stabilisierung seines Steuerungsmediums, des Geldes, zu sichern. Trotz dieser drei analogen Erscheinungen ist nicht zu übersehen, daß das Entwicklungsland Indien und die eurasiatischen Transformationsökonomien unter nahezu gegensätzlichen Voraussetzungen zum gemeinsamen Zustand monetärer Zerrüttung gelangten.

(i) So bedrohte in Indien die steigende interne Verschuldung unmittelbar die Konstitution der nationalen Währung.¹⁶ Wenn die öffentliche

16 Die gesamte interne Staatsverschuldung stieg zu laufenden Preisen exponentiell von rund 546 Mrd. Rs. (1980/81) auf 1261,5 Mrd. (1985/86) und geschätzten 2810,8 Mrd. Rs. (1990/91). Das Verhältnis von externer und interner Verschuldung blieb dabei

Hand nicht mehr als Netto-(Steuer-)Gläubiger den Zwang zur Erwirtschaftung der inländischen Währung schaffen kann, sondern vielmehr Schuldner ist, so muß dies die Akzeptanz der Währung angreifen. Denn dies widerspricht dem fundamentalen Prinzip von Kreditbeziehungen, wonach es einem Schuldner nicht möglich sein darf, das Medium der Vertragserfüllung zu erzeugen anstatt es durch Leistungserbringung zu erwirtschaften.

Demgegenüber hatte Geld in der Planwirtschaft nicht so sehr die Funktion der Schuldenerfüllung - und damit auch nur bedingt der Güteraneignung-, als diejenige eines Verrechnungsmediums (Dembinski 1991, Kap. 5). In einem System der verstaatlichten Produktionsmittel war die interne staatliche Verschuldung eine durchaus systemkonforme Begleiterscheinung der nationalen Einkommensbildung.

In Indien wurde daher die interne Verschuldung direkt zu einem Krisenmoment in den Planwirtschaften hingegen erst dann, als sie mit der Aufhebung der zentralen Planung den einzelnen Betrieben zugewiesen wurde.¹⁷ Das staatliche Geld bezieht seine Akzeptanz in den Transformationsökonomien wie den GUS-Staaten nunmehr aus der "Kreditwürdigkeit" der Betriebe und nicht mehr aus der - freilich schon vorher zweifelhaft gewordenen - Stellung eines Anrechtsscheins auf Planzuteilungen für die Betriebe. Es wurden die getrennten Geldkreisläufe - der Geldkreislauf zwischen den Betrieben ("Betriebsmittelfonds") und derjenige zwischen Betrieben und Haushalten ("Lohnfonds") - konfundiert

relativ stabil bei rund ein Fünftel zu vier Fünftel. Von den gesamten Staatsschulden wurden Anfang der 90er Jahre 40% von den Banken (davon über 25% von der RBI), 40% vom Privatsektor und 20% vom Ausland gehalten (alle Daten beruhen auf IWF-Angaben). Bedrohlich an der indischen Staatsverschuldung ist die zunehmende Zinsbelastung, die nicht nur aus der oben dargestellten Mengenkomponte, sondern auch aus der Preiskomponte resultiert: die Zinsen für 5 bis 15jährige Laufzeiten sind von 5-11,5% Mitte der 80er Jahre auf 7,5-12% Ende der 80er Jahre angestiegen (Daten beruhen auf Angaben der RBI, Report on Currency and Finance).

- 17 Dieser Versuch der dezentralen Konstitution einer Geldwirtschaft, wie sie das Perestroika-Modell vorsah, konnte nicht gelingen, weil es das Problem nicht löste, was in der Ökonomie insgesamt die Knappheit etablieren soll, die sowohl von Wirtschaften zwingt als auch den Maßstab für erfolgreiches Wirtschaften liefert. In einer Geldwirtschaft ist dies Geld, weshalb für temporären Verzicht auf eine Verfügung über Geld ein positiver Realzins gefordert werden kann,- was der Möglichkeit einer Aneignung zusätzlicher Güter entspricht. Im Perestroika-Modell sind es jedoch produktionsspezifische und damit relative Knappheiten verschiedener Ressourcen, die dominieren und deshalb als "Zahlungsmittel" zu horten attraktiv wird. Sie erlauben in jedem Fall die Aneignung von mehr Geld, während die Geldhaltung eine negative Güterverzinsung gewährt. Vgl. dazu ausführlicher Riese (1990, Kap. II.3).

und damit das Inflationsproblem virulent: Die Teilautonomie der Staatsunternehmen machte die schon vorher existierende Schattenwirtschaft, die sich aus illegalen Material- und Ressourcenabzweigungen speiste, gewissermaßen zu einem Systemelement - nämlich zu einer Art realwirtschaftlichem Kreditmarkt, mit dessen Hilfe sich die Betriebe ihre "Zahlungsfähigkeit" durch Verfügung über Mangelgüter sichern konnten. Für die mengenrationierten Haushalte wurde dieser zwischenbetriebliche "Kreditmarkt" zu einem zweiten Gütermarkt mit einem effektiven Angebot. Doch weil die unfreiwillige Ersparnis und mithin das Geldangebot reichlich, das Güterangebot jedoch knapp ist, muß dies zu Preiseffekten führen, die monetäres Einkommen kumulativ entwerten, Sachvermögen im Gegenzug aufwerten. Dies kann (unterdrückte) Inflation genannt werden, obwohl es sich nicht um einen Prozeß der Geldentwertung im gesamten Marktsystem handelt.

(ii) Die Analogie zwischen dem Entwicklungsland Indien und den Transformationsökonomien Eurasiens tritt daher wieder im Resultat der unterdrückten Inflation auf. Während sie im Falle Indiens als eine Reaktion auf die nicht gelingende Makrostabilisierung gedeutet werden kann, scheint sie im Falle der Transformationsökonomien auf den Verlust eines makroökonomischen Koordinationsmechanismus zurückzuführen: So spielt denn auch hier die überlieferte Wirtschaftsadministration den Part einer diesen ersetzenden Mikroregulierung, während die Entwertung der nationalen Währung in der Parallelökonomie kontinuierlich und im offiziellen System diskontinuierlich mit der Aufhebung von Kontrollen und Subventionen voranschreitet.

In einer Geldwirtschaft ist es dauerhaft unmöglich, ein inflationäres Potential zu unterdrücken: Wie im Falle Indiens gezeigt werden kann¹⁸ und aus Berichten über die osteuropäischen und zentralasiatischen Länder hinlänglich bekannt sein dürfte, bewirken die Ausweichreaktionen eine zunehmende wirtschaftliche Desintegration und eine Erosion der Währung. Von einer unterdrückten Inflation gehen keinerlei stimulierende Wirkungen auf die Einkommensbildung aus, weil sie den Unternehmen die Gewinnrealisation beschneidet bzw. die Überwälzung von Kosten erschwert. So stagniert der formelle Sektor, während die Parallelökonomie sich ausweitet: Der Dualismus, der eigentlich ein zu über-

18 Vgl. Schelkle (1992, Kap. 5, insbes. S. 131 ff.). Die Folgen einer unterdrückten Inflation, wenn sie denn überhaupt wahrgenommen wird, sind dagegen weit weniger drastisch, wenn sie als (staatlich bedingtes) "Marktversagen" interpretiert wird (so Fasbender 1992, S. 63). Wirtschaftspolitisch folgt daraus, daß die üblichen wohlfahrtsökonomischen Reparaturen durchgeführt werden müssen.

windendes Merkmal einer sich herausbildenden Geldwirtschaft ist, vertieft sich. Die Erosion der Währung deutet sich darin an, daß - wie tendenziell in Indien - eine Flucht in Sachwerte (Immobilien, Gold) oder - wie in Polen oder den GUS-Staaten - in andere Währungen stattfindet, das inländische Geld somit seine Funktion als Zahlungsmittel verliert.

(iii) Die Erosion der nationalen Währung bedeutet zugleich, daß der Zentralbank die Steuerungsfähigkeit vom Markt entzogen wird. Steuerungsfähigkeit ist dabei nicht in einem technokratischen Sinne der Zielerreichung zu verstehen, sondern als die Möglichkeit, insbesondere wirksame Zinssignale in Marktprozessen setzen zu können, in denen das Bestandsgleichgewicht von Forderungen und Verbindlichkeiten restituiert wird. In Indien hat das System der unterdrückten Inflation schon vorher die Steuerungskapazität der RBI institutionell ausgehöhlt. Verkürzt gesagt, sah sie sich als Zentralbank gezwungen, die anhaltende Monetisierung von Staatsdefiziten dadurch zu kompensieren, daß sie die Geschäftsbanken aus der Refinanzierung bei sich verdrängte. Sie hat ihre Refinanzierungsfunktion nun weitgehend an die nationalen Entwicklungsbanken abgegeben und fungiert als Hausbank des Staates.¹⁹ Ein solch dichotomisiertes Bankensystem macht die Zentralbank zu dem, was sie auch in einem planwirtschaftlichen Monobankensystem ist: institutioneller Ausdruck davon, daß Fiskal- und Geldpolitik ununterscheidbar geworden sind.

Nach dieser Skizze der analogen makroökonomischen Problemlage von Transformationsökonomien und indischer Geldwirtschaft stellt sich die Frage, welche wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen daraus gezogen werden können. Blickt man in die Literatur zur Transformationsfrage, so scheint der überwältigende Tenor zu sein: Liberalisierung der Märkte (z.B. Chatterjee 1992, S. 25). Demgegenüber legt die hier vorgelegte Argumentation nahe, den Akzent der wirtschaftspolitischen Bemühungen zunächst darauf zu legen, die Bedingungen für eine erfolgreiche Liberalisierung zu schaffen.²⁰ Die wesentliche Bedingung besteht in

19 Diese Deformationserscheinungen der Geldverfassung rücken nicht ins Blickfeld der Analyse, wenn sie ausschließlich auf die defizitäre Budgetpolitik gerichtet ist und diese nicht selbst als - dysfunktionale - Reaktion auf ein fundamentales Problem der Entwicklung einer Geldwirtschaft sieht. Vgl. zu einer solch oberflächlichen Diagnose exemplarisch Rosen (1992, S. 111f.).

20 Sowohl das Indien in der Ära Rajiv Gandhi als auch das heutige Rußland mögen als warnende Beispiele dafür dienen, was geschieht, wenn die Marktöffnung, sei es auenwirtschaftlich oder währungspolitisch, erfolgt, bevor diese Bedingungen geschaffen wurden. Nach den Erfahrungen mit den lateinamerikanischen Ländern in den 70er und 80er Jahren, die v.a. von Sebastian Edwards aufgearbeitet wurden, ist es

der sog. "Lösung des Bestandsproblems", also der Bewertung der von den Haushalten infolge unfreiwilliger Ersparnis aufgehäuften Forderungen und der auf den Betrieben lastenden Verbindlichkeiten. Die Forderungen der Haushalte können als potentielle Kaufkraft einen Inflationsprozeß stimulieren, die Verbindlichkeiten der Betriebe strangulieren aufgrund der hohen Zinskosten die Einkommensbildung.

Es gibt im wesentlichen drei Möglichkeiten, dieses Bestandsproblem zu lösen (Gersbach 1991, S. 36f.): Erstens eine sogenannte Anpassungsinflation, also eine Entwertung der potentiellen Kaufkraft und der Schulden durch steigende Güterpreise. Dies ist diejenige Lösung des Bestandsproblems, die implizit von allen Forderungen nach Freigabe der Güterpreise anvisiert ist. Ironischerweise beruht diese, vom mainstream der Befürworter schneller Liberalisierung vorgesehene Lösung auf der planwirtschaftlichen Vorstellung, Inflationsbekämpfung bestehe in der Herstellung eines Ware-Geld-Gleichgewichts. Wird diese jedoch, wie hier, in der Herstellung eines Bestandsgleichgewichts von Forderungen und Verbindlichkeiten gesehen, so ist diese Lösung zu verwerfen. Vermögensdispositionen neigen im Unterschied zu reinen Gütermarkttransaktionen zu kumulativen Erwartungseffekten, was in diesem Fall heißt, daß die einsetzende Flucht aus der Währung die Entwertungserwartungen bestätigt und in die Hyperinflation zu münden droht.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, die Sparguthaben der Haushalte in Realaktiva, also Anteilsrechte an den verschuldeten Unternehmen, umzuwandeln. Diese Lösung des Bestandsproblems sehen implizit alle Forderungen nach rascher Privatisierung vor, obwohl dies meist nicht im Vordergrund steht. Im wesentlichen läuft diese Möglichkeit auf eine Entwertung der Forderungen hinaus ohne den nominellen Schuldenbestand der Unternehmen zu verändern. Eine Entwertung der Forderungen findet aller Voraussicht nach statt, weil zu erwarten ist, daß der Marktwert der ehemaligen Staatsbetriebe, i.e. der Gegenwartswert ihrer zukünftigen Ertragsströme, sinkt, da sie kaum alle im Wettbewerb bestehen dürften. Zugleich belastet der Schuldendienst auf die fortbestehenden Verbindlichkeiten die Ertragsituation jedes einzelnen Unternehmens so, daß Modernisierungsinvestitionen und Beschäftigungsaus-

nachgerade skandalös, mit welcher Leichtfertigkeit heute wieder die US-amerikanischen Berater der Regierung Jelzin die Freigabe des Rubel u.a. mehr empfehlen, obwohl die Destabilisierungswirkungen nur zu vorhersehbar sind. Es stellt sich die Frage, wieviel Experimente und Fehlversuche sich die wirtschaftswissenschaftlichen Experten in diesen Ländern noch leisten dürfen, bevor wie in der Medizin Ethikkommissionen oder vergleichbare Fachgremien Einhalt gebieten.

weitung unterbleiben müssen. Per saldo werden also einige Betriebe Konkurs anmelden, womit auch die entsprechenden Aktiva radikal entwertet werden; und einem großen Anteil der fortexistierenden Unternehmen wird es gerade gelingen, die Marktverzinsung bei stagnierenden Produktionsbedingungen zu erwirtschaften. Diese Lösung des Bestandsproblems scheint also nicht radikal genug, um mit der Bewältigung der Altlasten zugleich Entwicklungspotentiale zu eröffnen.

Die dritte Möglichkeit besteht in einer Währungsreform, die vor allem auf die Entschuldung der einzelnen Betriebe und des Staates abzielt, was saldenmechanisch allerdings auch die weitgehende Entwertung der Forderungen notwendig macht. Die Ratio einer Währungsreform besteht darin, durch die Umstellung auf eine neue Währung die Vermögensbestände zu entwerten, so daß z.B. 100 Rubel Vermögen einem Neurubel entsprechen, und dadurch zugleich die nominell gleichbleibenden Einkommensströme - 100 Rubel Lohn werden idealiter zu 100 Neurubel - aufzuwerten.²¹ Durch diese relative Bewertungsänderung von Vermögensbeständen und Einkommensströmen wird nicht nur monetäre Stabilisierung erreicht - weil das Kaufkraftpotential der Ersparnisse beschnitten wird-, sondern zugleich die Einkommensbildung stimuliert. Der Verlust des Vermögens bildet einen Anreiz für den Einkommenserwerb und die Vermögensbildung, während die Entlastung von den früher eingegangenen Verbindlichkeiten zugleich die Bedingungen für die Einkommensbildung in der Produktion erleichtert.

Freilich ist eine Währungsreform, also die Rekonstitution einer Geldwirtschaft, von höchster sozialpolitischer Brisanz, im gegenwärtigen Indien vermutlich noch mehr als z.B. in den GUS-Staaten. Während bei letzteren die monetäre Zerrüttung wesentlich weiter fortgeschritten ist und die heutigen Probleme weitgehend der Vergangenheit bzw. den Übergangsschwierigkeiten zugeschrieben werden können, entfallen beide, die Akzeptanz einer Währungsreform begünstigenden Momente im gegenwärtigen Indien. Dennoch erscheint ein solch radikaler Schritt erwägenswert, denn es ist nicht weniger voraussetzungsvoll und mit weniger Härten für die Mehrheit der indischen Bevölkerung verbunden, über mehrere Jahre hinweg ein Austeritätsprogramm nach Maßgabe der IWF-Konditionen durchzuhalten.²²

21 Eine Arbeit zur deutschen Währungsreform 1948, die diese Implikation in den Mittelpunkt stellt, ist Tober (1991).

22 Eine ausführlichere Diskussion zu einer Währungsreform im Vergleich zu einem typischen IWF-Anpassungsprogramm findet sich im Schlußkapitel von Schelkle (1992). Eine Bestandsaufnahme (Stand: Mitte 1992) des bisher durchgeführten An-

Somit ergibt sich aus der hier dargelegten Sicht eine deutliche Akzentverschiebung gegenüber der verbreiteten Forderung, eine Liberalisierung der Märkte und Privatisierung voranzutreiben und dadurch zugleich das Bestandsproblem zu erledigen (z.B. Fasbender 1992, S. 60f.). Demgegenüber wird hier die Lösung des Bestandsproblems mittels einer Währungsreform als Voraussetzung für gelingende und entwicklungspolitisch sinnvolle Marktöffnung angesehen - im Falle Indiens wie im Falle der eurasiatischen Transformationsökonomien.

Weitergehend folgt aus dieser Sicht, die das Augenmerk auf die konstitutive Schwäche von Währungen im Beginn geldwirtschaftlicher Entwicklung richtet: es kommt bei der Transformation von Planwirtschaften alias Konstitution von Geldwirtschaften vor allem darauf an, den Zwang zur Erfüllung von Schuldkontrakten in einheimischer Währung zu schaffen. Erste Priorität erhält dadurch der Aufbau eines breiten Steuersystems - was freilich bereits ein Gemeinplatz in der transformationsökonomischen Literatur ist.

Um die Wirkungen einer Währungsreform zu unterstützen, sind bevorzugt solche Steuerarten einzuführen, die nicht an Einkommensströmen ansetzen - wie Umsatz-, Lohn- und Gewinnsteuern - sondern an der Endnachfrage - wie die Mehrwertsteuer - und an den verbliebenen Vermögensbeständen - wie eine Grundsteuer. In diesem Zusammenhang verdiente außerdem die Kommerzialisierung der Landwirtschaft, insbesondere auch eine kleinteiligere Eigentumsstruktur, größere Beachtung als ihr in der Diskussion um die Sanierung von Staatsbetrieben bisher zuteil wird - dies zumindest legt die Analyse der indischen Erfahrungen nahe.

Schließlich relativiert die Berücksichtigung des Konstitutionsproblems auch die Bedeutung der ausländischen Direktinvestitionen als Instrument der geldwirtschaftlichen Entwicklung: Erst in einem relativ späten Stadium, nämlich wenn die Konstitutionsphase abgeschlossen ist, dürften sie zur Erschließung des jeweiligen Binnenmarktes führen. Davor werden sie nicht zur Erzielung von Gewinnen in einheimischer Währung unternommen, sondern um ein billiges Arbeitskräftepotential für die Erzeugung exportfähiger, d.h. Devisen erzielender Güter zu nutzen. Direktinvestitionen, die den betreffenden Standort nicht nur als verlängerte Werkbank nutzen, sind somit der Ausweis gelungener Konstitution einer Geldwirtschaft, nicht aber das Mittel, diese zu erreichen.

Literatur

- Ardant, G. (1971): Histoire de l'impôt, Livre I, Paris
- Chatterjee, D.K. (1992): "Liberalization of Economic Policy Regime in India: Foreign Direct Investment, Privatization, Financial Sector, Labour Market, Price Policy", in: K. Fasbender/ O.G. Mayer / D.K. Chatterjee: Indian-European Trade Relations. Prospects of the Liberalization Processes in India and Europe, Hamburg
- Dasgupta, B. (1977): Agrarian Change and the New Technology in India, Geneva
- Dembinski, P.H. (1991): The Logic of the Planned Economy, Oxford
- Eichengreen, B. (1987): Hegemonic Stability Theories of the International Monetary System, Harvard Institute of Economic Research Discussion Paper No. 1305
- Fasbender, K. (1992): "Strengthening of Market Elements in India: Some Considerations on Requirements and Perspectives", in: K. Fasbender/ O.G. Mayer / D.K. Chatterjee: Indian-European Trade Relations. Prospects of the Liberalization Processes in India and Europe, Hamburg
- Gersbach, H. (1991): "Die Sequenz der Reformschritte in der UdSSR", in: Außenwirtschaft Nr. 46
- Gurley, J.G./ E.S. Shaw (1955): "Financial Aspects of Economic Development", in: American Economic Review Vol. 45
- Hankel, W. (1983): Die Finanzkrise zwischen Nord und Süd. Gründe, Lehren, Schlußfolgerungen, Diskussionspapier IIM/LMP 83-9, Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin
- Hankel, W. (1993): "Geld - der Entwicklungsmotor. Thesen zu einer monetären Entwicklungstheorie", in: H.-J. Stadermann / O.Steiger (Hrsg.), Der Stand und die nächste Zukunft der Geldforschung, Festschrift für Hajo Riese zum 60. Geburtstag, Berlin
- IMF: Financial Statistics, Washington D.C., versch. Jahrgänge
- IMF (1991): India - Staff Report for the 1991 Article IV Consultation and Request for Stand-By Arrangement, October 9
- Kindleberger, Ch.P. (1984): A Financial History of Western Europe, London usw.
- Lüken-Klaßen, M. / K.Betz (1990): "Binnenmarkt und Währungsunion", in: H.-P. Spahn (Hrsg.), Wirtschaftspolitische Strategien, Regensburg
- Patrick, H.T. (1966): "Financial Development and Economic Growth in Underdeveloped Countries", in: Economic Development and Cultural Change, Vol. 14
- Polanyi, K. (1979): Ökonomie und Gesellschaft, Frankfurt a.M.
- Preiser, E. (1963): Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, Göttingen
- RBI (Reserve Bank of India) (1950): Bulletin 1949-50, Bombay
- RBI (1985): Report of the Committee to Review the Working of the Monetary System, Bombay

- RBI: Report on Currency and Finance, Bombay, versch. Jahrgänge
- Riese, H. (1990): Geld im Sozialismus, Regensburg
- Rosen, G. (1992): Contrasting Styles of Industrial Reform. China and India in the 1980s, Chicago & London
- Sayers, R.S. (1957): "Central Banking in Underdeveloped Countries", in: ders., Central Banking after Bagehot, London
- Schelkle, W. (1992): Konstitution und Erosion einer Geldwirtschaft: Entwicklungsprobleme Indiens seit der Unabhängigkeit, DIE Berlin
- Tilly, Ch. (Hrsg.) (1975): The Formation of National States in Western Europe, New Jersey
- Tober, S. (1991): Theoretische Aspekte einer Währungsreform, Diskussionspapiere des Instituts für Theorie der Wirtschaftspolitik Nr.2, FU Berlin